Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.20, vierteljährlich M. 9.60; für Abholer monatlich M. 3.00; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 3.35, vierteljährlich M. 10.05; durch die Post innerhalb Deutschlands Volksausgabe monatlich M. 3.27, vierteljährlich M. 9.81, Morgen-Ausgabe M. 1.74, Abend-Ausgabe M. 1.03, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich ausschließlich Postbestellgebühr.
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

113. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., a. extern. 50 Pf. Anzeigen u. Gebuhren im amtl. Teil die Kolonelzeile 30 Pf., a. extern 60 Pf. Tarifvertragsabschlüsse 25 %; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 50 Pf. Postversandzuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 30 %, über 300 Zeilen: 50 %. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusive Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 70 — Montag, den 10. Februar — 1919

Der Vertrag über die Ernährungsbeihilfe

Das Lebensmittelabkommen mit der Entente

Berlin, 9. Februar. (Drahtbericht.) Das **Abkommen** mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die **Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland** ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen **unterzeichnet** worden. In den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär **von Braun** vom Reichsernährungsamt leitete, haben außer den Vertretern aller beteiligten Reichsstellen Vertreter des Handels und der Aerzte teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender:

Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen **Schweinefett** und **Schweinefleisch** und 250 000 Kisten **kondensierte Milch** über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die **Bezahlung** dieser Mengen ist deutscherseits durch **Gold** und **fremde Devisen** sichergestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch liefern, wenn eine befriedigende Regelung der **Finanzfrage** bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzfrage gefunden wird.

Die Vertreter haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die **weitere Versorgung** Deutschlands **bis zur neuen Ernte** in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als **Bedarf** ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August einschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der Alliierten ausdrücklich **abhängig** gemacht worden von der Annahme oder der **Ausführung der Bedingungen**, die uns betreffend der Abgabe der **Handelsflotte** auferlegt worden sind und noch weiter auferlegt werden. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittel nicht besteht.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Deutsche Kalilieferung nach Amerika?

Frankfurt a. M., 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat, wie die „Frkf. Ztg." meldet, ein Angebot gemacht, **Kali nach Amerika** zu liefern, vorbehaltlich der Regelung der einzelnen Bedingungen durch die Kaliindustrie. Um diese Verhandlungen weiterzuführen, gehen Vertreter des Kalisyndikats nach Spa.

Die Anschlußverhandlungen mit Oesterreich

Wien, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In der übernächsten Woche wird bereits die **Große Kommission** zusammentreten, die über die Einzelheiten des **Anschlusses von Deutsch-Oesterreich** an Deutschland verhandeln und raschestens zu einem Abschluß gelangen soll. Dringend ist namentlich das **Valutaproblem**.

*

Wien, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Um den Entschlüssen der gesetzgebenden Nationalversammlung **Deutsch-Oesterreichs** nichts vorwegzunehmen, wird von der Absendung einer **Abordnung des Staatsrates** zur Nationalversammlung in Weimar vorerst **abgesehen**. Es dürfte in Begleitung des Gesandten Dr. **Hartmann** dieser Tage auch der Staatssekretär des Aeußern Dr. **Bauer**, der Führer der Sozialdemokratie, als Vertreter Deutsch-Oesterreichs nach Weimar kommen.

Die Notverfassung

E. E. Heute beginnt die Aussprache der Nationalversammlung über die vorläufige Verfassung. Zum ersten Male kommt das Haus in seinen Mitgliedern zu Worte. Der Entwurf, der besprochen werden soll, und die Einführungsrede des Staatssekretärs haben den Fraktionen eine sachliche, würdige und schnellarbeitende Beratung leicht gemacht. Einwände, die gegen den Preußischen Entwurf einer **endgültigen** Verfassung erhoben worden sind, haben den Ausschuß der Verfassungskonferenz, der vor kurzem in Berlin ziemlich rasch den knappen Rahmen des **jetzt** zu verabschiedenden Entwurfes zog, veranlaßt, die Streitfragen zurückzuschieben, um einer möglichst unverzüglichen Erledigung den Weg zu bahnen. Und die vorgestrige Rede des Staatssekretärs des Innern legt besonders nahe, noch einmal daran zu erinnern, daß Herr Preuß auch in seinem ersten Entwurf von der ihm nachgesagten Absicht, Preußen zu zertrümmern, nichts hat verlauten lassen, und daß er auch in der schriftlichen Begründung jener Vorlage eine Teilung des preußischen Staatsgebietes lediglich der Entscheidung der preußischen Landesversammlung anheimstellen wollte. Am Sonnabend nannte er Preußen überhaupt nicht. Es geht also nicht gut an, ihn einfach als „Totengräber Preußens" zu bezeichnen, wie die alldeutsche „Deutsche Zeitung" das tut. Dergleichen kann nur das so dringende Werk der Notverfassung erschweren, und davon hat niemand etwas außer dem Gegenpol jener Alldeutschen. Wir hoffen und bezweifeln nicht, daß selbst die Deutschnationale Fraktion das entschiedene und eilige Bedürfnis des Reiches würdig, überhaupt erst wieder einmal auf verfassungsmäßigen Boden zu gelangen. Die Fraktion hat Abänderungsanträge eingebracht und will also mitarbeiten, wie das ja schon nach ihrer Beteiligung am Präsidium des Hauses selbstverständlich ist. Allerdings, daran, daß die ehemalige Führerrolle Preußens im Reiche bereits mit der Annahme dieses Entwurfes auch verfassungsrechtlich ausgespielt sein wird, ist nichts mehr zu ändern. Damit werden sich indessen die Deutschnationalen ebenso abfinden wie mit der Republik überhaupt und mit manchen anderen Dingen, ohne deren Hinnahme heute keinerlei politischer Einfluß ausgeübt werden kann.

Es steht nachgerade so um uns, daß es durch Annahme jeder Verfassung nur besser, aber nicht schlechter werden kann. Und da die heute zu beratende Vorlage nur vorläufig gelten soll, werden **alle** Parteien nicht bloß auf manche Wünsche verzichten, sondern noch mehr Wünsche vertagen dürfen. Es heißt eben immer noch wieder, Opfer bringen, auch für die Fraktionen, nicht bloß für die Einzelstaaten und das Reich selber, wie Herr Preuß am Sonnabend sagte. Jetzt ist es wichtiger, daß bald irgend eine erträgliche Verfassung zustande kommt, als daß in allen einzelnen Punkten das denkbar Beste gefunden wird. Wir brauchen vor allem bis zum 16. Februar, an dem der bisherige Waffenstillstandsvertrag abläuft, eine nach außen verhandlungsfähige Regierung, die die neuen Verhandlungen mit mehr Rückhalt führen kann, als die bisherige Kommission es vermochte; und wir brauchen auch im Innern einen Rechtsboden, damit die Kämpfe um die Macht, die ja nicht aufhören werden, dann wenigstens nicht mehr **bloße** Machtkämpfe seien, wie es bis jetzt in der Revolution der Fall gewesen ist, sondern der Spartakismus noch unzweideutiger als bisher als Aufruhr, Rechtsbruch, Staatsstreichversuch dastehe. Die Verfassung ist immerhin eine — wenn auch gewiß nicht zu überschätzende — moralische Waffe gegen ihn. Doch auch abgesehen von politischen Putschen sehnen sich mehr als 99 vom Hundert aller Staatsbürger wieder nach einem — sei es auch nur theoretisch — gesicherten Rechtszustande, der allein menschenwürdig ist. Insofern ist das Bestehen einer Verfassung an sich schon ein grundsätzlicher Gewinn. In diesem Falle ist das „Daß" wichtiger als das „Wie" und „Was".

Wir gleichen ja alle noch immer dem Reiter über dem Bodensee, und wir haben die dünne Eisfläche vielleicht noch nicht einmal zur Hälfte überschritten. Die politischen Putsche, die ja nicht so bald aufhören werden, sind noch nicht das Schlimmste, was uns treffen kann. Sie bedeuten doch im wesentlichen nur eine Auseinandersetzung über die **politische** Macht, und zumeist bloß in begrenztem Umkreise. Viel gefährlicher könnte es werden, wenn das Arbeitslosenproblem oder eine Lebensmittelnot größere Wirren herbeiführte. Bei einem politischen Umschwung, wie er in Bremen kürzlich eingetreten war, bleiben manche Lebensverhältnisse wenn auch nicht ganz, doch zum Teil davon unberührt; wenn aber eine hungrige oder durch längere Entwöhnung von Arbeit und durch Unsicherheit über ihre Zukunft demoralisierte Menge etwa begänne, Läden zu plündern und Privatwohnungen zu stürmen, dann hätten wir einen ganz anderen Grad von Anarchie, der auch die allerpersönlichsten Verhältnisse des einzelnen ergriffe. Wenn mancher jetzt meint, daß uns der Durchgang durch ein Stadium des Bolschewismus wohl nicht erspart bleiben wird, so kann sich diese Meinung noch mehr auf derartige Besorgnisse als auf Vorgänge wie die Hamburger oder Kieler stützen. Der Präsident der Nationalversammlung hat dieser Tage gemahnt, nicht zu vergessen, daß die Revolution nicht bloß politischen, sondern auch wirtschaftlichen und sozialen Charakter trage, und daß sie auch auf diesen Gebieten durchgeführt werden müsse. Das ist richtig, aber noch viel wichtiger ist die Einsicht, daß das wirtschaftliche Problem sich jetzt nicht nur um Durchführung der Revolution oder um den Neuaufbau nach der Revolution dreht, sondern vielmehr darum, zu verhüten, daß die „Durchführung der Revolution" auf putschistische Art vor sich gehe, und zu vermeiden, daß erst dadurch eine allerschlimmste Zerrüttung des Wirtschaftslebens und aller Verhältnisse überhaupt herbeigeführt wird. Da liegt die unmittelbarste Bedeutung des Wirtschaftsproblems, und sein dringendster Teil ist wiederum die Arbeitslosenfrage (noch ganz abgesehen von der finanziellen Einwirkung, die eine immer mehr anschwellende Arbeitslosenunterstützung auf Gemeinden und Staat ausübt). Das sind die dunklen und gefährlichen Tiefen unter der dünnen Eisschicht, auf der wir, mit der Nationalversammlung, stehen. Die Erledigung des Verfassungsentwurfes bedeutet noch nicht, daß wir dem Festlande nahe seien,

Sonntagsruhe in Weimar

Weimar, 9. Februar. (Drahtbericht unseres fs.-Sonderberichterstatters.) Das Tempo, in dem die Nationalversammlung ihre Arbeiten vollführt, zeichnet sich bisher nicht durch besondere Schnelligkeit aus, obschon man allgemein den Wunsch hat, nach der Revolution nunmehr endlich in stabile staatsrechtliche Verhältnisse zu kommen. Die Schwierigkeiten sind auch beträchtlich. Einmal müssen die neuen Volksvertreter erst auf dem neuen Gebiete heimisch werden und sich mit den parlamentarischen Arbeitsmethoden vertraut machen. Das erzeugt Hemmungen und Umständlichkeiten, die ganz außerhalb der Schwierigkeiten der Materien liegen. Dann sind aber auch die **sachlichen Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien** vielfach größer und schwerer zu überbrücken, als es ursprünglich den Anschein hatte. Man machte die Beobachtung, daß die **Mehrheitssozialdemokratie** das Wort „sozialistisch" immer wieder mit einer gewissen Geflissentlichkeit betonte, die den Vertretern der bürgerlichen Parteien häufig überflüssig erscheint und eine Verständigung auf breiter Basis schwierig macht, so sehr auch die Demokraten zu weitgehenden Zugeständnissen bereit sind, um das rasche Zustandekommen einer Regierungsmehrheit zu ermöglichen. Das **Zentrum** hat von vornherein zu erkennen gegeben, daß die Kulturfragen auch weiterhin den Einzelstaaten überlassen bleiben möchten, ein Wunsch übrigens, der auch von den anderen, bei der Verhandlung beteiligten Fraktionsvertretern geteilt wird. Besonders heikel ist die Stellung des Zentrums zur Frage der süddeutschen Sonderrechte. Innerhalb der Fraktion herrscht darüber keineswegs Einmütigkeit. Die Abgeordneten um den bayrischen Bauernbundführer Dr. **Heim**, der jeden Verzicht auf die bayrischen Sonderrechte strikte ablehnt, befinden sich offenbar in der Minderheit, doch dürfte Dr. Heim mit Recht behaupten, zugleich die Stellung der bayrischen Regierung zu vertreten. Die **bayrischen Reservatrechte** bleiben ein Punkt, über den es — man muß sagen: leider — zu Anfang der nächsten Woche im Plenum vermutlich zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen dürfte.

Einstweilen steht es in Weimar sehr friedlich aus. Eine dicke Schneedecke hat den Boden mit glitzerndem Weiß überzogen, und die Abgeordneten sitzen, soweit sie nicht — und das ist der größere Teil — von Weimar fern weilen, in ihren Hotels und Wohnungen am wärmenden Herdfeuer. Die am Sonnabend abend abgebrochenen Verhandlungen ruhen. Der Brauch des parlamentarischen Sonntags wird auch in Weimar geheiligt. Nur die Zentrumsfraktion hat ihre Mitglieder auf nachmittags 3 Uhr zu einer Besprechung gebeten. Wie verlautet, handelte es sich dabei um die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt. Das Zentrum beabsichtigt, Abänderungsanträge einzubringen, durch welche der bundesstaatliche Charakter des Reiches auch in der Notverfassung in ausdrücklicher Bestimmung gewahrt und die Aufrechterhaltung einiger Reservatrechte gesichert bleibt.

Am **Montag früh** tritt der **Aeltestenausschuß** zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Tage festzulegen. Fest steht nur, daß am Montag die zweite Lesung des Gesetzentwurfes stattfindet. Ob man schon an diesem Tage eine breite Aussprache der Parteien ansetzen wird, ist noch ungewiß. Inzwischen haben so die Redelustigen hinreichend Gelegenheit, in den zahlreichen historischen Weinstuben Weimars ihre Stimme mit den, ach so gern herbeigerufenen klassischen Zitaten ertönen zu lassen, und sie brauchen auch nicht zu befürchten, vor leeren Bänken zu sprechen. Selbst die hohe Regierung steigt aus der Höhe des Schlosses herab. Wir freuten uns, im „Goldenen Adler" Herrn **Scheidemann** im Kreise seiner Freunde bei Austern und Wein in angeregtem Gespräch zu sehen, während das Auto mit dem Reichsadler verstohlen an einer fernen Ecke wartete.

Die Verhandlungen über die Koalition der Mehrheitsparteien

✕ **Berlin**, 9. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „P. P. N." schreiben: Die Meldung des „B. L.", daß in der sozialistischen Fraktion ein Antrag **Keil** angenommen sei, daß der Ministerpräsidentenposten nicht mit einem Sozialisten besetzt werden solle, ist falsch. Es handelt sich um einen Antrag **Kammann**, der vor einigen Tagen erörtert wurde und dahin ging, falls die Koalitionsbildung gegen entsprechende andere Zugeständnisse zu erreichen ist, den **bürgerlichen Parteien einen der drei leitenden Posten** zu übertragen. Dabei zeigten sich die Anfänge zu einer gewissen Einigung dahin, daß die bürgerlichen Parteien den Posten des Ministerpräsidenten erhalten sollten. Später erhoben selbst bürgerliche Abgeordnete den Einwand, daß es **nicht anginge**, einen **sozialdemokratischen** Reichspräsidenten und einen **bürgerlichen** Ministerpräsidenten einzusetzen. Da die an sich schwierige Abgrenzung der **Kompetenzen** durch die Konkurrenz der Parteien erschwert werden würde, so war man allgemein der Ueberzeugung, daß der Reichspräsident und Ministerpräsident den **Sozialdemokraten** zufallen müßten. Demokraten und Christliche Volkspartei warfen sogleich die Frage auf, ob nicht Dr. **David zurücktreten** könne, damit eines ihrer Mitglieder Präsident der Nationalversammlung würde. Das **lehnten** aber die **Sozialdemokraten ganz entschieden** ab, und ohne einen der drei leitenden Posten zu erhalten, wollen Demokraten und Zentrum die **Koalition nicht abschließen**. Auf diesem Standpunkte stehen die Verhandlungen noch immer. Die Entscheidung fällt erst Montag.

Die elsässischen Abgeordneten

Weimar, 9. Februar. (Drahtbericht unseres fs.-Sonderberichterstatters.) Ueber die Teilnahme der **elsaß-lothringischen Abgeordneten** an der Tagung der Nationalversammlung ist bis jetzt eine Entscheidung noch nicht gefallen. Gestern abend und heute vormittag sprachen die Führer der Abgeordneten bei den verschiedenen Fraktionsvorständen vor. Durch Vermittlung des deutschdemokratischen Abg. **Schiffer** wurden sie gestern zu einer Sitzung des **Aeltestenrates** eingeladen, wo sie ihren Wunsch kundgaben, man möge wenigstens drei Mitgliedern, je einem Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, die Teilnahme an der Nationalversammlung gestatten und ihnen die Möglichkeit geben, im Plenum der Nationalversammlung einen **Protest** gegen die **Vergewaltigung Elsaß-Lothringens** zu verlesen. Das Ziel der elsaß-lothringischen Abgeordneten ist auch der elsaß-lothringischen Bevölkerung das von Wilson zugesagte Selbstbestimmungrecht gegenüber der französischen Vergewaltigung zu sichern.

Die elsaß-lothringischen Abgeordneten in Weimar sind folgende: Professor Dr. **Anrich**, Landtagsabgeordneter **Donnevert**, Landtagsabgeordneter **Emmel**, Redakteur **Emil Fischer**, Redakteur **Geiler**, Stadtrat **Olig**, Steuerdirektor **Göß**, Oberlehrerin **Hansler**, Vikar **Scherer**, Generalleutnant **Scheuch**, Sanitätsrat Dr. **Spindler**, Schriftsteller Dr. **Stadler**.

Erfurt von Regierungstruppen besetzt

Erfurt, 9. Februar. (Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag sind die **Regierungstruppen** angelangt, die die Jägerkaserne bezogen. Seit heute früh sind die öffentlichen und andere wichtige Gebäude sowie der Bahnhof von Regierungstruppen **besetzt**. Es ist jedoch nach wie vor alles ruhig.

Truppenaushebungen zum Schutze der Ostmark?

✕ **Berlin**, 9. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Aus der gestrigen gemeinsamen Sitzung der **ostmärkischen Abordnung** der Nationalversammlung wird der „Deutschen Tageszeitung" mitgeteilt, daß der Kriegsminister Oberst **Reinhardt** erklärt habe, die Regierung sei entschlossen, der drohenden Gefahr durch die Polen mit allen Mitteln zu begegnen. Da die bisherige Art der Zusammenbringung von Truppen **unzulänglich** sei, müsse man wieder zu **Aushebungen** schreiten; doch sollen diese vorläufig nur in besonders **gefährdeten Bezirken** erfolgen.

Die Besetzung von Bremerhaven.

Bremen, 9. Februar. (Drahtbericht.) „Boesmanns Telegraphenbureau" meldet: Die Besetzung **Bremerhavens** ist **kampflos** in der Nacht vom 8. zum 9. Februar durch die 2. Landesschützenbrigade, Major **Stoppe**, durchgeführt worden. Widerstand wurde an keiner Stelle geleistet. Von den Angehörigen der Minensuchbootflotte wurden etwa 85 Mann festgesetzt. Der Führer des Soldatenrates **Armgard** wurde verhaftet.

Bremen, 9. Februar. (Drahtbericht.) „Boesmanns Telegraphen-Bureau" meldet: Der Bahnhof von **Geestemünde** wurde um Mitternacht ohne Widerstand **besetzt**.